

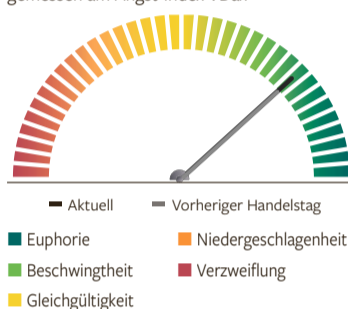
Philip Morris stellt in Berlin Produktion ein

Der Tabakkonzern Philip Morris beendet die Herstellung von Zigaretten in Berlin. Die Produktion im Neuköllner Werk soll eingestellt werden, wie es hieß. Damit geht in Berlin eine jahrzehntelange Tradition zu Ende – seit den 70ern wurden dort laut Philip Morris Zigaretten produziert.

FINANZMÄRKTE

DATEN VON **vwd:**

Marktstimmung in Deutschland gemessen am Angst-Index VDax



DAX

Name	Schluss 19.12.	+/- %	52 Wochen Hoch	52 Wochen Tief
Adidas NA	288,35	-0,45	296,8	178,2
Allianz vNA	218,95	-0,97	225,9	170,5
BASF NA	67,29	+0,40	74,61	55,64
Bayer NA	71,01	+0,24	73,17	52,02
Beiersdorf	105,05	+1,25	117,3	80,60
BMW St	74,10	-1,41	78,30	58,04
Continental	116,64	-1,67	157,4	103,6
Covestro	41,85	0,0	55,78	37,30
Daimler NA	49,91	-0,80	60,00	40,31
Deutsche Bank NA	7,12	+1,44	8,32	5,78
Deutsche Börse NA	137,75	-1,40	146,0	102,5
Deutsche Post NA	34,24	-0,39	35,00	23,36
Deutsche Telekom NA	14,73	-0,05	16,26	13,95
E.ON NA	9,57	-0,10	10,26	8,08
Fresenius	49,52	+0,27	52,82	40,46
Fresenius M. C. St.	64,94	+0,81	76,68	55,44
HeidelbergCement	65,26	-2,51	73,52	51,84
Henkel Vz.	91,04	-0,15	97,80	80,70
Infinitec NA	20,60	+0,78	21,62	13,42
Linde PLC	187,60	+0,46	191,7	130,8
Lufthansa vNA	16,64	-0,89	23,66	12,58
Merck	104,10	+0,68	110,4	85,84
MTU Aero Engines	252,60	+1,04	266,3	155,6
Münch. Rück vNA	265,90	+0,26	267,9	184,9
RWE St.	26,62	+1,72	28,81	18,09
SAP	119,56	-0,02	125,0	83,95
Siemens NA	117,44	+0,48	119,9	84,42
Volkswagen Vz.	177,10	-1,44	187,7	134,1
Vonovia NA	47,13	+0,64	48,95	39,40
Wirecard	105,00	-1,18	170,7	86,00

Ein Bundesministerium der Finanzen gibt es gleich zweimal. Einmal das deutsche Finanzministerium in Berlin, und einmal sein österreichisches Pendant in Wien. Eigentlich hatten sich die beiden Ministerien zusammen mit acht Kollegen aus der EU diesen Sommer auf die Einführung einer Aktiensteuer geeinigt. Dabei ignorierten sie zahlreiche Bedenken und Widerstände. Ein offenbar nicht abgesprochener Vorstoß des deutschen Bundesfinanzministers Olaf Scholz (SPD) sorgt jetzt allerdings für Zwist mit Österreich über das Projekt, das in der Europäischen Union (EU) ohnehin nie viele Freunde hatte. Damit scheint es einmal mehr fragwürdig, ob die Finanztransaktionssteuer wirklich kommt.

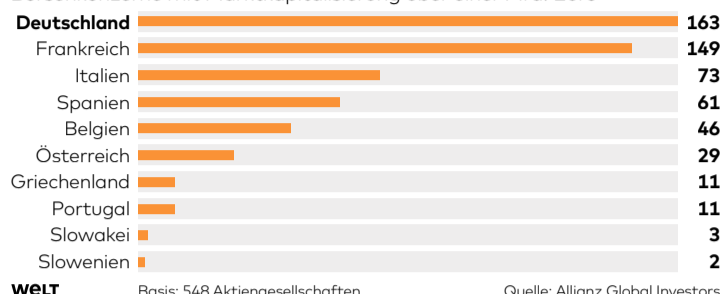
VON DANIEL ECKERT, TOBIAS KAISER UND KARSTEN SEIBEL

Scholz muss hoffen, dass nach zuletzt Estland nicht noch andere Staaten abspringen. Für eine „Verstärkte Zusammenarbeit“, wie es in der Sprache der EU-Bürokratie heißt, sind mindestens neun Länder nötig. Bisher verfolgen neben Deutschland und Österreich auch Frankreich, Spanien, Italien, Belgien, Portugal, Griechenland, Slowenien und die Slowakei das Projekt, das ursprünglich als Steuer auf alle Finanztransaktionen in allen EU-Staaten konzipiert war. Ein Ausseren weiterer Partner aus dieser „Koalition der Willigen“ könnte das Ende des Vorhabens bedeuten, mit entsprechendem Reputationsschaden für die deutsche Finanzpolitik.

Dass die Bedenken aus Österreich kommen, ist auch deshalb delikat, weil das Land in Brüssel als Koordinator der Verhandlungen rund um die Finanztransaktionssteuer (FTT) gilt. Die Expertengruppen tagten bisher in der Ständigen Vertretung der Österreicher bei der EU, und die Sitzungen, in denen die Finanzminister über das nur zäh vorankommende Projekt diskutieren, wurden bisher fast immer von den Finanzministern aus Wien geleitet. Olaf Scholz' Vorstoß dürfte Wien dann auch herausgefordert haben, heißt es in Brüssel. In der österreichischen Haupt-

Deutsche Unternehmen sind am stärksten betroffen

Börsenkonzerne mit Marktkapitalisierung über einer Mrd. Euro



Basis: 548 Aktiengesellschaften

Quelle: Allianz Global Investors

Debakel für die Aktiensteuer

Die EU-Finanztransaktionssteuer war bereits umstritten. Nach einem neuen Vorstoß hagelt es noch mehr Kritik

stadt sah man offensichtlich Bedarf, die Vorstöße aus Berlin zurechtzurücken. Es sei der Eindruck entstanden, als habe der deutsche Finanzminister seinen Vorschlag als den aller beteiligten Länder präsentiert, heißt es in Brüssel. Keines der Länder wolle sich vor vollendete Tatsachen stellen lassen. „Die Reaktion Österreichs auf den deutschen Vorschlag bedeutet nicht, dass Österreich aus den Verhandlungen zur Finanztransaktionssteuer aussteigt“, sagt ein Brüsseler EU-Diplomat, der mit den Verhandlungen vertraut ist. „Vielmehr waren die Staaten, die Teilnehmer der Gruppe, überrascht von der deutschen Vorgehensweise.“ Es sei darum gegangen, klarzumachen, dass der deutsch-französische Vorschlag, den Scholz präsentiert hatte, kein von allen Ministern akzeptiertes Verhandlungsergebnis gewesen sei. Er gehe davon aus, dass auch die übrigen beteiligten Staaten weiter an dem Vorhaben festhalten, sagt der Diplomat.

Zuvor hatte das österreichische Ministerium die Ergebnisse eines Gutachtens zur Finanztransaktionssteuer veröffentlicht. Im Auftrag des Minis-

teriums hat der Finanzprofessor Stefan Pichler von der Wirtschaftsuniversität Wien geprüft, ob die Abgabe die gesetzten Ziele erreicht, also vor allem die Eindämmung von Finanzwetten und die Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten von Krisen. Die Ergebnisse können nicht anders als als vernichtend bezeichnet werden: In der von Scholz und Kollegen vorgelegten Form würde die Abgabe, die sich nur auf Aktiengeschäfte bezieht, nicht nur keine Eindämmung der Spekulation bewirken, sondern darüber hinaus die Realwirtschaft in Mitleidenschaft ziehen.

„Eine Sicherstellung der angemessenen Beteiligung der Finanzinstitute an den Kosten der Finanzkrise wird nicht erreicht“, heißt es in dem Gutachten. Durch die Einschränkung auf Aktientransaktionen blieben mehr als 99 Prozent aller Finanztransaktionen von der Steuer ausgenommen. Durch die Ausnahme des gesamten Derivatehandels und des Intradayhandels würden sogar Anreize in die gegenteilige Richtung geschaffen: „Die durch die FTT steigenden Eigenkapitalkosten schaden eindeutig der Realwirtschaft. Durch die Aus-

nahmen von Derivatehandel und Intradayhandel wird die ‚Spekulationswirtschaft‘ tendenziell gefördert.“ Auch die Beschränkung auf nur zehn Staaten sieht der Wissenschaftler kritisch. „Durch die geplante Einführung in nur zehn Mitgliedsstaaten ist eine Wettbewerbsverzerrung nicht zu verhindern“, heißt es in dem Gutachten. Zudem gelte: Die Kosten für die Einführung und Erhebung der geplanten Abgabe sind in Relation zum Aufkommen sehr hoch.

Der Scholz-Vorschlag sieht die Einführung einer Steuer von 0,2 Prozent vor, die auf Käufe von Aktien erhoben wird, wenn die Firmen einen Marktwert von mehr als einer Milliarde Euro haben. Europaweit gilt das für rund 550 Gesellschaften, die meisten davon in Deutschland und Frankreich, wo bereits eine derartige Abgabe erhoben wird. Staatsanleihen, aber auch Finanzprodukte wie Zertifikate und andere Derivate sollen von der Steuer ausgenommen bleiben. Auch der superschnelle Computerhandel wird den Plänen zufolge verschont.

Den beteiligten Ländern könnte das Einnahmen von drei bis vier Milliarden Euro im Jahr bescheren. Für Deutschland sind rund 1,5 Milliarden Euro avisiert, wobei die Bundesrepublik einen Teil ihrer Einnahmen an Länder mit schwachen Kapitalmärkten abgeben wird. So soll Griechenland zusätzlich zu den am Heimatmarkt erzielten zehn Millionen Euro noch einmal zehn Millionen Euro Zuschuss erhalten. Hoch sind die Einnahmen der abgespeckten FTT also nicht. „Die deutschen 1,5 Milliarden Euro entsprechen in etwa der Kaffeesteuer“, sagt Hans-Jörg Naumer, Ökonom bei Allianz Global Investors.

Das Bundesfinanzministerium zeigt sich bislang unbeeindruckt von dem außen- wie innenpolitischen Gegenwind. Den Anfang Dezember verschickten Richtlinienvorschlag will man als genau solchen verstanden wissen: als Vorschlag, über den nun weiter diskutiert werden müsse. Scholz sei weiterhin zuversichtlich, heißt es in Berlin, dass im nächsten Jahr eine Verständigung über die Finanztransaktionssteuer erzielt werden könne.

ANZEIGE

STRAFZINSEN ZAHLEN ODER GELD VERDIENEN!

Effecten-Spiegel
Das Anlegermagazin

effecten-spiegel.de

JA, ich bestelle ein Abo zum alten Preis:

Name, Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

E-Mail _____

Datum/Unterschrift des Bestellers _____

Jetzt einmalig den alten Preis sichern!

Bezugszeit	Preise bis 31.12.2019	Preise ab 01.01.2020
<input type="checkbox"/> 1/4 Jahr	43,30 €	48,50 €
<input type="checkbox"/> 1/2 Jahr + <input type="checkbox"/> E-Mail-Service	85,50 €	95,50 €
<input type="checkbox"/> 1 Jahr + <input type="checkbox"/> E-Mail-Service	167,20 €	187,00 €

→

Einfach ausfüllen, mit Ihrem Smartphone **abfotografieren** und **per E-Mail an aboservice@effecten-spiegel.de** senden **oder den Coupon per Post** an: Effecten-Spiegel, Postfach 102243, 40013 Düsseldorf

Ich erhalte bei einer Neubestellung bis zum 31.01.2020 den Effecten-Spiegel frei Haus und die erste Rechnung einmalig zum alten Preis. Sagen mir die Ausgaben nicht zu, muss ich das Abo 2 Wochen vor Ende des oben gewählten Zeitraumes schriftlich kündigen. Ansonsten verlängert es sich um die bestellte Bezugszeit zum neuen Preis. Alle Preise verstehen sich inkl. MwSt. und Versand für Deutschland. Außerhalb Deutschlands fallen Versandkosten in Höhe von 1,26 € pro Ausgabe an. Andere Rabatte sind von dieser Aktion ausgeschlossen. Mit dem kostenlosen E-Mail-Service erhalte ich jeweils mittwochs die Seiten 8, 9, 10 + 31 sowie das Musterdepot per E-Mail. Ich kann meine Einwilligung jederzeit widerrufen. Weiterführende Erläuterungen zu unserer Datenschutzerklärung gemäß DSGVO vom 25.05.2018 finden Sie unter www.effecten-spiegel.com/datenschutz.html.